

1a

St.S. IV D - 75/43.

Prag, den 21. April 1943.

Sofort auf den Tisch!

=====

Persönlich!

G.R. mit 1 Anlage

W-Obersturmbannführer Jacobi

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlage zur Kenntnis übersandt.



18431

W-Obersturmbannführer.

V e r m e r k :

Betrifft: Berliner Dienstreise am 9. April 1943.

Die Besprechung bei Herrn Ministerialdirektor von H e l m s fand im Beisein des Einsatzreferenten, Herrn Ministerialrat K r a m e r statt. Offenbar hatte MD. v. Helms noch keine Gelegenheit gefunden, MR. Kramer über den Zweck der Besprechung zu unterrichten. Es war notwendig, insbesondere MR. Kramer über die Verwaltungsverhältnisse im Protektorat aufzuklären.- MR. Kramer ist erst vor verhältnismässig kurzer Zeit ins RMDI. einberufen worden und stand beispielsweise auf dem Standpunkt, unsere Bezirksbehörden wären mit den rheinisch-westfälischen Amtsbürgermeistereien zu vergleichen.- MD. v. Helms stimmte im Verlauf der Besprechung meiner Anregung zu

- 1) nicht mehr wie bisher, irgendwelche höhere Beamte zur Verfügung zu stellen, die gerade zufälligerweise frei wären, sondern dass nunmehr durch Ringtausch im Reich haltungsmässig und fachlich gute Verwaltungsbeamte freigemacht würden,
- 2) dass ein Teil dieser Beamten möglichst noch Ende April nach Böhmen und Mähren in Marsch gesetzt werden.

Dabei soll folgendes Verfahren eingeschlagen werden: MR. Kramer sucht sofort die Personalakten der in Frage kommenden Beamten heraus und übersendet sie uns zur Einsichtnahme. In der Zeit zwischen dem 20. und 25. April werden diese Männer nach Berlin ins RMDI. bestellt, sodass sowohl der RMDI. als auch wir einen Eindruck von den Beamten bekommen. Zu dieser Massnahme hatte sich MR. v. Helms auch entschlossen, um höhere Beamte, die eine derartig miserable Haltung zeigen wie die beiden Oberregierungsräte aus Aussig und Troppau, sofort an Ort und Stelle disziplinarisch bestrafen zu können. Als unbedingte Eignungsvoraussetzung für den Dienst in Böhmen und Mähren wurde anerkannt, dass die Beamten sowohl leistungsmässig als auch haltungsmässig völlig einwandfrei sein müssen.

Es ist vorgesehen, dass der Unterzeichnete wegen der Zur-Verfügung-Stellung weiterer höherer Beamter, die grundsätzlich zugebilligt ist, gelegentlich der Vorstellung der für Böhmen und Mähren ausgesuchten Beamten in Berlin verhandeln wird.

Die Gestellung von Ersatz für kriegsverwendungsfähige junge gehobene Beamte

La

ist mit Ministerialrat Jähne besprochen worden. Nach Darstellung der un-
haltbaren Personallage auch auf diesem Sektor erklärte sich MR. Jähne
bereit, zu helfen. Jedoch bestehen hier grössere Schwierigkeiten. Es
wird nötig sein, hier noch einmal vorzustossen und besonders qualifi-
zierte Beamte, die hier bekannt sind, namentlich anzufordern.

Im Verlauf der Besprechung deutete MD. v. Helms hinsichtlich der Möglich-
keit der Pensionierung der Dirigenten Fuchs und Liebenow an, dass auch nach
Ansicht des leitenden Staatssekretärs Pfundtner, bei dem er auch über diese
Frage Vortrag gehalten habe, erhebliche Schwierigkeiten entstehen würden,
weil beide Herren offenbar nicht dienstunfähig wären, da sie sofort bei Aus-
scheiden leitende Stellungen in der Wirtschaft übernehmen würden. Ich machte
geltend, dass besonders im hiesigen Raum hinsichtlich der Dienstfähigkeit
eines Ministerialdirigenten und etwa eines Regierungsrats ein unterschied-
licher Masstab anzulegen sei. Die Verantwortung, die ein Ministerialdiri-
ent zu tragen habe, sei ungleich grösser und beanspruche u.a. eine grössere
physische Leistungsfähigkeit. Trotzdem erklärte MD. v. Helms, dass die Mög-
lichkeit einer Pensionierung der beiden Herren zweifelhaft bliebe.

X

Von mehreren Referenten des RMD.I. habe ich in Erfahrung gebracht, dass der
von Reichsminister von Lammers am 17.2.1943 herausgebrachte Erlass über Ver-
einfachung auf dem Gebiet des Besoldungsrechts, des Beamtenrechts und der
Stellenpläne durchbrochen werden soll, und die Parteikanzlei bemühe sich,
Ausnahmebestimmungen für alte Parteigenossen durchzusetzen.

Ferner wurden mehrere Personaleinzelfälle besprochen.

2.) Dem Gruppenführer a.d.D.

mit der Bitte um Kenntnisnahme gehorsamst vorgelegt.

Rapf

M. 19.4.

18433



Krocy

x 1 Worte vorher hatte er die
Pensionierung als die einzig
mögliche Lösung bezeichnet. Sie
muss auch durchzusetzen sein,
sobald die Abhängigkeit vorliegt.

Kühmann 15/4